

## Reaktionen in der Redaktion

Wolfgang Kroschel

Redakteur von ISOR aktuell

In dem zu Ende gehenden Jahr gestattet sich die Redaktion von **Isor aktuell** eine durchaus nicht lückenlose Bilanz ihrer Arbeit und möchte Schwerpunkte der Arbeit in der Redaktionskommission angesichts des ungewöhnlichen Jahres 2022 darstellen. Diese Arbeit gestaltet sich in bewährter enger Verbindung mit dem für die Pressearbeit verantwortlichen und der entsprechenden Gesetzgebung unterliegenden Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bischoff.

Besonders in den letzten beiden Jahren war die Zusammenarbeit innerhalb der Redaktionskommission und deren Verbindung nach außen mehrheitlich über die Verbindung unserer Computer von zu Hause geprägt, weil die persönlichen Zusammentreffen in der Redaktion in Berlin durch die objektive Lage nicht möglich waren. Das bedeutete eine Kommunikation zwischen den Mitgliedern in Berlin, Potsdam, Cottbus und dem Berliner Umland.

Und das läuft so ab:

Die Redaktionsarbeit für die jeweils nächste Ausgabe beginnt mit dem Sichten und Aufbereiten der eingegangenen Zuschriften, der längerfristig vorbereiteten Leitartikel und der aktuellen politischen Ereignisse, soweit sie das Interesse oder die Tätigkeit unseres Vereins tangieren, durch den Redakteur.

Im Ergebnis entsteht ein erster Entwurf der neuen Ausgabe, der etwa 10 Tage vor dem Drucktermin allen Redaktionsmitgliedern (z.Zt. sind es fünf) per E-Mail zur Verfügung gestellt wird.

Diese prüfen die gesamte Ausgabe auf inhaltliche Zweckmäßigkeit, sachliche, formale und grammatikalische Richtigkeit und stellen ihre Ergebnisse per Mail oder Telefon dem Redakteur zur Verfügung. Dieser arbeitet die erkannten Fehler und weiter zu diskutierende aufgeworfene Probleme in den Entwurf ein und versendet den so entstandenen zweiten Entwurf erneut an die Redaktionsmitglieder zur Prüfung.

Die Druckreife erreicht ist auf diese Art nach zwei oder drei Entwürfen.

Am „informellen Redaktionstisch“ sitzt Kristian, der die technische Arbeit z. B. im E-Mail-Versand, die Pflege der Kontaktdaten unserer Zeitung betreibt und die druckfrische Ausgabe ins Internet stellt.

Lothar und Wilfried kümmern sich um die Aktivierung der Mitglieder und die Verbindung zu ihnen. Diese wichtige und dankbare Kleinarbeit spiegelt sich durchaus nicht adäquat in den Beiträgen unserer Zeitung wider, ist aber für den Zusammenhalt und das Leben der TIG in unserer Hauptstadt von existenzieller Bedeutung und erfordert einen großen Kraftaufwand.

Wir haben noch ein „korrespondierendes Mitglied“: Bernd aus der Berliner Umgebung. Er wirft seinen kritischen Blick auf den „Fahnenabzug“ (das ist das zum Druck bereite und letztmalig von Fehlern zu entfernende Exemplar) bevor die Druckwalzen zu rotieren beginnen, die unser Setzer (Layouter) Rüdiger zuvor in Form und Formatierung gebracht hatte. Bei diesem letztmaligen Blick sind wir oft überrascht, wie viele Dinge in Rechtschreibung und Grammatik von so vielen Augen übersehen werden können. Denn unser Ziel ist es, unseren Lesern jeden Monat eine solide Ausgabe vorzulegen.

Der Februar dieses Jahres brachte wie bei allen unseren Mitgliedern, so auch in der Redaktion, Erschütterungen durch niemals erwartete Ereignisse mit sich, bei denen alte, seit Jahrzehnten nicht mehr hinterfragte Gewissheiten verloren gingen.

Nachdem seit 2014 der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine schwelte und bis zum Februar dieses Jahres etwa 15 000 Tote forderte, veränderte der Einmarsch offizieller russischer Truppen in beträchtliche Teile der Ukraine die europäische Ordnung und der Welt.

In einem Beitrag von Lothar hieß es dazu, dieser Krieg (der in Russland nicht so genannt werden darf) habe eine Bedeutung, die der Oktoberrevolution gleichkomme. Zuerst dachte ich, oh, das ist aber sehr vermessen, und einige Leser brachten das auch in ihren Zuschriften zum Ausdruck. Aber die zunächst kühne These war eine gründliche Überlegung wert. Dieser Krieg veränderte die jahrzehntelang bestehende Situation in Europa mehr als der durch die NATO mit ihren (auch bundesdeutschen) Verbündeten geführte Krieg gegen Jugoslawien, der 20 Jahre währende Krieg gegen Afghanistan, die Kriege gegen Irak, Libyen ... Scheinbar „ewige“ neutrale Länder wie Schweden oder

**Lasst das Licht des Friedens scheinen,  
dass nie eine Mutter mehr  
ihren Sohn beweint**

Der Vorstand grüßt Leser und Freunde unseres Vereins zum Jahreswechsel mit dem Wunsch, dass jeder Mensch das Licht des Friedens und seine Wärme spüren kann.

Finnland streben in die NATO, diesen Pakt, in dem die ihn dominierende Macht verstärkt völkerrechtswidrige Sanktionen gegenüber allen Staaten verhängt, die ihr nicht hörig sind.

Wir spürten das in der Redaktion augenblicklich durch die Reaktion unserer Leser. Bis ins Innere aufgewühlt wie wir, spürten sie, dass alle Gewissheiten, sofern sie die Implosion des sozialistischen Lagers überlebt hatten, nun wohl endgültig der Vergangenheit angehörten. Und so erhielten wir sowohl emotionale als auch vom Gang der Geschichte enttäuschte Äußerungen, die sich auch in Aggressivität gegen die eine oder andere Konfliktseite entluden, bei denen auch die Interpretation bürgerlicher Medien eine Rolle spielte, was auch in Vorwürfen gegen unsere „einseitige“ Interpretation des Krieges zum Ausdruck kam. Und das von beiden Seiten.

Wir sind ein Mitteilungsblatt unseres Sozialvereins mit durchaus politischer Orientierung entsprechend unserer Mitgliedschaft, aber wir sind keine Tageszeitung und schon gar nicht Kriegsberichterstatte. Also standen wir vor der Frage, wie wir in der Redaktion damit umgehen sollten, denn aus dem Echo unserer Leser war zu erkennen, dass diametrale Ansichten zur Vorgeschichte, dem Verlauf und der Ausweitung des seit 2014 schwelenden bewaffneten Konfliktes bestehen.

Auf der entsprechenden Redaktionssitzung mussten wir zu einer Auffassung kommen und im Interesse des Profils und der Funktion von **Isor aktuell** schälte sich in intensiver Diskussion unsere Position heraus.

Dieser „Unser Standpunkt“ erschien in der April-Ausgabe. Und wir überprüfen diesen Standpunkt sehr oft an der aktuellen Entwicklung, ohne bisher unsere Position zu ändern, auch wenn es im Leitartikel vom August unter der Überschrift „Die 8. Vertreterversammlung der ISOR e. V. stellte die Aufgaben für die nächsten Jahre“ u.a. heißt: „Eine klare Positionierung des Vereins zum Russland-Ukraine-Konflikt wurde von Diskussionsrednern gefordert.“

Aber welche „Positionierung“ ist klarer und eindeutiger als FRIEDEN? Haben Kriege schon je ein Problem gelöst? In der von ISOR mit herausgegebenen auch international beachteten Publikation „Soldaten für den Frieden“ scheint das „Nie wieder Krieg“ auf, von Militärs ver-

schiedener Länder eindrucksvoll untermauert.

Deshalb haben wir uns entschlossen, keiner Seite für den Propagandakrieg als gefährliche Begleiterscheinung des gegenseitigen Tötens und Zerstörens Platz zu geben. Auch eine Leserdiskussion zu diesem Komplex würde den Rahmen von **Isor aktuell** sprengen, sich oftmals an Falsch- und Zweckmeldungen festbeißen und schließlich ins endlose Nichts führen.

Wir sehen viele Äußerungen an uns in jedem Falle als Beweis des Vertrauens zum Verein und danken dafür mit dem Versprechen, damit nicht leichtfertig umzugehen. **Isor aktuell** lebt vom Kontakt mit seinen Lesern. Das ist besonders wichtig, weil aus biologischen Gründen die Mitgliederzahl zurückgeht und die Zuschriften nicht mehr so reichlich sprudeln. Aber die Reaktion der Leserschaft ist für uns Kraft und Motivation für die jeweils acht Seiten der nächsten Ausgabe. Aus technischen Gründen wäre eine vier-Seiten Zeitung die einzige Alternative; wir bemühen uns jedoch, dies nur im Ausnahmefall zu nutzen.

Das Verständigungsmittel in einer Zeitung ist die Schriftsprache. Auch sie unterliegt der Zeit und Gesellschaftsordnung. Wir benutzen sie in dieser Form auf der Grundlage der Recht-

schreib- und Grammatikregeln seit gut 30 Jahren. Sie widerspiegelt eine Sprachkultur und Umgangsform untereinander, wie es unserem Verein in den Jahrzehnten eigen geworden ist. Wir wollen daran festhalten. Auch an bestimmten Begriffen, die manchem von uns etwas bedeuten, sowohl in unserer Korrespondenz als auch in den Artikeln. Wer möchte, dass er andere Mitglieder als „Kollegen“ sieht und so bezeichnet, möge das ohne weiteres tun. Wenn uns unsere Leser weiterhin als „Genosse“ ansprechen und als solche enge Weggefährten sehen, soll es so sein; wir brauchen uns dieses guten Wortes nicht zu schämen.

Was aber bei uns weiterhin nicht stattfinden wird, ist die (übrigens nirgends niedergelegte Regel) Verunzierung unserer Schriftsprache mit allen möglichen und unmöglichen „Zeichen“, die zum Ziel haben, die weibliche Hälfte der Menschheit dadurch zu diskreditieren, dass sie als Anhängsel\* ans männliche Vor-Wort angeklebt werden.

Wenn Wille oder Zeit fehlen, auf „alte“ aber achtungsvolle Art von Genossinnen und Genossen vulgo Kolleginnen und Kollegen und dgl. zu sprechen, schreiben (oder denken?), möge man es sein lassen (das soeben verwendete Wört-

chen „man“ stammt aus grauer Sprach-Vorzeit und hat mit dem „Mann“ nicht zu tun).

Wir springen nicht über jedes Stöckchen, das uns Vertreter der „Life-Style-Linken“ (S. Wagenknecht) infolge ihrer Unterforderung im täglichen politischen Politikbetrieb als Aktivitäts-Ersatz für die Gestaltung einer alternativen Gesellschaftsordnung hinhalten.

Liebe Leserinnen und Leser, eine kalte Zeit umgibt uns. Hausgemachte Krisen lassen die Gewinne der Konzerne in der Rüstung, der Energie und der Lebensvorsorge in astronomische Höhen schießen.

Wer den Wunsch nach Frieden, Freundschaft, Solidarität zwischen den Völkern ungeschickt formuliert, läuft Gefahr, ins Visier der Rechtspflegeorgane zu geraten.

Wir wünschen Euch ein solidarisches Verhältnis untereinander, gepaart mit Gesundheit im möglichen Rahmen, mit Wärme in den Stuben und im Herzen und **Isor aktuell** an eurer Seite.

**Wir sind eine Solidargemeinschaft und bleiben es.**

**Die Redaktion von Isor aktuell  
grüßt euch zum Neuen Jahr 2023.**

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beriet abschließend seine Führungskonzeption für die Jahre 2022 bis 2026.

Joachim Bonatz informierte über den aktuellen Stand zur sogenannten Härtefallregelung für rentenrechtlich benachteiligte Ostdeutsche. In Abstimmung mit dem Runden Tisch Leipzig und in Auswertung der weiteren Regelungen dazu wird das künftige Vorgehen beraten, konkret wie und in welchem Umfang die Beantragung der Einmalzahlungen organisiert werden soll.

\*

### Das Schwert im Stillen geschärft

Ohne Vorankündigung verabschiedete der Bundestag Ende Oktober eine Erweiterung des Paragraphen 130 StGB, mit dem „Volksverhetzung“ bestraft wird. Nun kann nicht mehr nur die Leugnung des Holocaust, sondern auch die „Leugnung von Völkermord“ mit einer Haftstrafe geahndet werden. Doch erst vier Tage nach Beschlussfassung wurde einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland bekannt, was da im Bundestag in höchster Eile abgestimmt worden war. Es ging um nicht weniger als eine Handhabe gegen unliebsame Meinungen in einer Zeit, in der Deutschland Waffen in die Ukraine liefert und somit am Krieg beteiligt ist.

514 Abgeordnete des Bundestages stimmten am 20. Oktober in namentlicher Abstimmung mit 514 Stimmen für ein von der

Ampel-Koalition vorgelegtes Gesetz, welches den Meinungskorridor in der Bundesrepublik einschränken wird. Der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, mit dem Volksverhetzung geahndet wird, wurde durch einen Absatz erweitert. Die Erweiterung sieht vor, dass Billigung oder Leugnung von Völkermord mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

### Das Omnibus-Verfahren

Die Bundesregierung hatte sich entschieden, die Erweiterung des Paragraphen 130 um einen Absatz mit einer Änderung des Bundeszentralregistergesetzes zu verbinden.

Eine Ankoppelung einer Gesetzänderung an ein andere, sachfremde Gesetzänderung nennt man Omnibus-Verfahren. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Ampel-Koalition dieses Verfahren wählte, um öffentliche Debatten um die Erweiterung des Paragraphen 130 zu vermeiden.

### Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren

Was steht nun genau im neuen Absatz 5 des Paragraphen 130, der am Donnerstag vom Bundestag durchgewunken wurde? „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Handlung der in den §§ 6 bis 12 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art gegen (...) Personenmehrheiten oder gegen einen Einzelnen (...) öffentlich oder in einer Versammlung in einer Weise billigt, leugnet oder gröblich verharmlost, die geeignet ist, zu Hass und Gewalt gegen eine solche Person oder Personenmehrheit aufzustacheln und den öffentlichen Frieden

zu stören.“ Während die Holocaust-Leugnung mit fünf Jahren Haft bestraft werden kann, soll die Leugnung von gebrochenem Völkerrecht von nun an mit drei Jahren Haft bestraft werden.

Das Abstimmungsverfahren im Bundestag hat gezeigt, wie wichtig Opposition und kritische Medien sind. Medien als „vierte Macht“ im Staat, welche Regierung, Parlament und Justiz, kritisch beobachten, existieren fast nicht.

Und die linke Opposition wagt keinen Aufschrei. Sie lässt sich von den Medien domestizieren, anstatt mutig gegen die Aushebelung der Öffentlichkeit zu protestieren und mit klarer Stimme eine Gesetzesänderung abzulehnen, die als Schwert gegen Kritiker eingesetzt werden kann.

© Ulrich Heyden, Moskau, 26.10.11  
(Redaktionell gekürzt)

\*

*Der geschäftsführende Vorstand und die Redaktion des „RotFuchs“-Fördervereins teilen aus oben genanntem Anlass mit:*

Liebe Genossen, liebe Freunde und Mitstreiter, wie Euch bekannt ist, hat der Bundestag am 20.10.2022 im Eilverfahren das Strafrecht erweitert. Wer in Zukunft etwas von sich gibt, was wie eine „Verharmlosung von russischen Kriegsverbrechen“ aussieht, der kann nach der beschlossenen Gesetzesänderung wegen „Volksverhetzung“ bestraft werden. Parallel dazu nehmen in den Medien (z. B. Bild, MDR, Die Welt, BZ) „Enthüllungen“ über „Putins Gehilfen in Deutschland“ zu. Diese Medien recherchieren in linken Verei-

nen und Aktionsbündnissen, die Hilfsbedürftige in den neuen russischen Gebieten humanitäre Unterstützung gewähren.

Nach unserem Kenntnisstand sind derzeit drei gemeinnützige Vereine (in Thüringen, Berlin, Brandenburg) betroffen.

#### Brandenburg

Nach B.Z.-Anfrage leitete die Brandenburger Polizei Ermittlungen gegen den Verein ein. Der Vorwurf: Belohnung und Billigung von Straftaten. Am Dienstag teilte die Polizei mit: „Die Ermittlungen im genannten Sachverhalt laufen aktuell noch.“

Und auch das Brandenburger Finanzministerium ist jetzt hellhörig geworden. Denn Friedensbrücke e. V. ist vom Finanzamt Eberswalde seit 2017 als gemeinnützig anerkannt. Gemeinnützige Vereine müssen auf Spenden keine Steuern zahlen, bekommen leichter Fördermittel genehmigt. Das Finanzministerium schreibt auf B.Z.-Anfrage: „Wie Sie zu Recht anmerken, erscheint an dem Verein einiges ‚mehr als fraglich‘. Das betrifft nicht allein die Partner. Das Finanzministerium hat deswegen jetzt ein Verfahren zum

Zwecke der Überprüfung der Gemeinnützigkeit des Vereins eingeleitet.“ Der geschäftsführende Vorstand und die Redaktion haben sich am 9.11.22 erneut zu Fragen der Rechtssicherheit für den „RotFuchs“-Förderverein verständigt.

Euch bitten wir „RotFuchs“-Werbeaktionen nicht auf öffentlichen Plätzen durchzuführen,

- als Vorsitzende nicht als Redner außerhalb von „RotFuchs“-Veranstaltungen aufzutreten,
- Kontaktnahmen von Behörden- oder Medienvertretern zur „RotFuchs“-Gruppe mitzuteilen. Den „RotFuchs“-Förderverein zu erhalten ist unser gemeinsames Anliegen.

(red. bearbeitet)

\*

#### Sowjetische Kriegsgräber: Volksbund will differenzieren

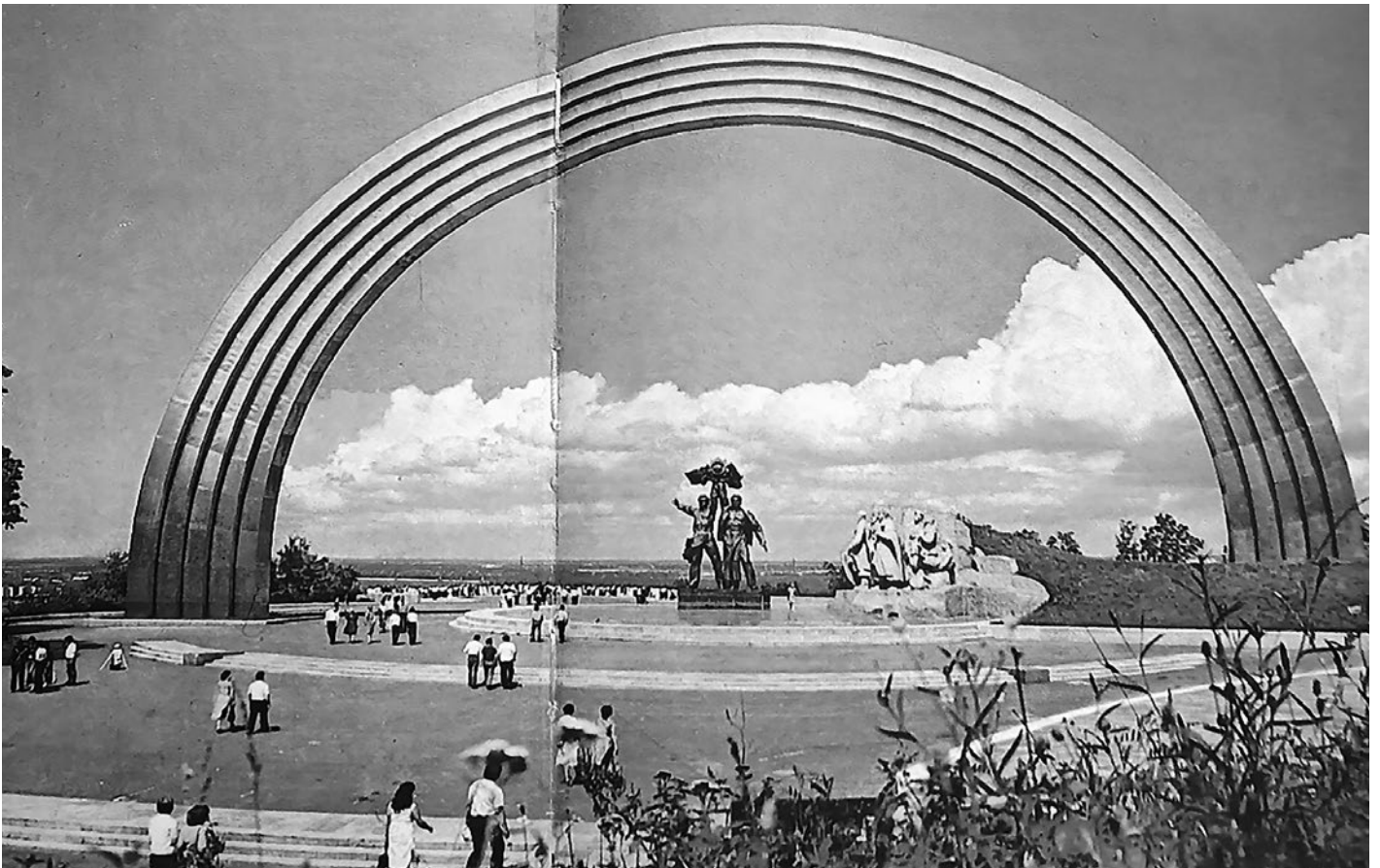
Bei der Pflege sowjetischer Kriegsgräber in Hamburg will der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge künftig stärker zwischen russischen und ukrainischen Toten unterscheiden. «Wir fangen an zu differenzieren», sagte der Geschäftsführer des Landesverbandes, Christian Lübcke. Das sei allerdings schwierig, weil die Nationalität sowohl

in deutschen Unterlagen als auch in denen der Westalliierten meist nur als «Russe» oder «Sowjet» angegeben worden sei. Es könne sich dann etwa auch um Kasachen, Balten oder Weißrussen handeln. Eine Angabe wie der Geburtsort Kiew könne ein Hinweis auf die ukrainische Herkunft sein. Lübcke schätzt die Zahl der in Hamburg bestatteten sowjetischen Kriegstoten auf 1400. Das gemeinsame Gedenken von Ukrainern und Russen sei schon vor dem russischen Angriff vom 24. Februar schwierig gewesen, sagte Lübcke. Dabei hätten die Toten das gleiche Schicksal erlitten und lägen nebeneinander. Es sei nicht vorstellbar gewesen, dass die beiden Länder gegeneinander Krieg führen könnten. Auf dem Friedhof Ohlsdorf habe in den vergangenen Jahren mehrfach das «Unsterbliche Regiment», eine vom russischen Staat unterstützte Volksbewegung, die Toten geehrt. Dieses Gedenken habe nationalistische und teilweise geschichtsrevisionistische Untertöne, sagte Lübcke. Der Volksbund beteilige sich darum nicht daran. (...)

Zitiert nach Doris Pumphrey, 13.11.22

\*

## Denkmal



Das ist das Monument zu Ehren der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland. Es wurde 1982 zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR in Kiew eingeweiht und erinnert mit seinem riesigen Bogen aus nicht rostendem Stahl an das Jahr 1654, in dem die Wiedervereinigung vollzogen wurde. Daran soll aber nichts mehr erinnern; es wurde geschleift.





### Liebe Genossen und Freunde,

nunmehr ist es gelungen, dass der Wehrmachtsdeserteur Fritz, Partisanenaufklärer und Namensträger vieler DDR - Kollektive und Einrichtungen, so auch im MfS, Fritz Schmenkel auf dem Soldatenfriedhof "Berjosa" in Belorussland eine ordnungsgemäße Grabstätte erhielt. Die Kosten für die Kriegsgräberfürsorge wurden von Sympathisanten und Unterstützern von Erinnerungsorten in Chemnitz, darunter auch von einer Chemnitzer TIG - Gruppe, durch eine Spendenaktion aufgebracht. Bei Ihnen allen möchte ich mich bedanken. Allerdings entsprach dieses Ergebnis letztlich auch meinem Ansinnen als ehemaliger „Schmenkel“ Soldat.

Sicher ist eine solche Grabstätte für einen Antifaschisten, Kommunisten und Held der SU auf einem Soldatenfriedhof nicht unbedingt ein Ort erster Wahl. Damit hat aber Fritz Schmenkel, 68 Jahren nach seiner Hinrichtung durch ein Standgericht, als Opfer der NS - Militärjustiz, zumindest eine gleichberechtigte Behandlung

neben anderen Opfern des Zweiten Weltkrieges erfahren, dem selbst der Autor der Publikation "Widerstand und Wehrmacht" Thomas Reuther 2013 zustand, aus Gesinnung gehandelt zu haben. Als solcher war Fritz Schmenkel Bestandteil des öffentlichen Lebens der DDR, dessen Lebensweg entsprechend den Bedingungen der Traditionspflege auf verschiedene Art und Weise dargestellt wurde. In Chemnitz wurde 1989/1990 das von einem "Schmenkel Soldaten" geschaffene und auf dem Gelände der früheren WE in Karl -Marx- Stadt im Beisein des Bildhauers Lew Kerbel eingeweihte Denkmal entfernt und blieb seitdem unauffindbar. Die Büste eines Berliner Kunstbildhauers, der Anteil an der Chemnitzer Stadtbildgestaltung hat, wurde nach Aufstellung in der damaligen Patenschule in Siegmars nach späterer Einlagerung für die Stadt Chemnitz vom DIZ Torgau „gekapert“, nachdem Bemühungen um eine Wiederaufstellung aussichtslos waren. Die Rolle von Fritz Schmenkel im DDR - Alltag wurde von Mitarbeitern des



DIZ Torgau (Standort Wehrmachtsgefängnis) 2021 in einer Lokalzeitung sowie in einem Internet-Kalenderblatt als „Mythos“ dargestellt, vermutlich im Zusammenhang mit einem von der BStU finanzierten Forschungsauftrag. Gerechtigkeit sollte Fritz Schmenkel letztlich mit der Klärung der 2021 auf einer internationalen Tagung in Innsbruck erhobenen Vorwürfe, Fritz Schmenkel sei an Verbrechen an Wehrmachtsangehörigen, der belorussischen bzw. jüdischen Zivilbevölkerung beteiligt gewesen, widerfahren.

Ich würde mich über jede Zuschrift freuen, die Unterstützung in dieser Angelegenheit einschließt. Ich bitte um Veröffentlichung. Zur Beantwortung von Fragen stehe ich gern zur Verfügung. Ich habe den Lebensweg von Fritz Schmenkel seit dem zufälligen Auffinden der Büste solide recherchiert.

Bleibt gesund.

### Aus der Postmappe

Chemnitzer gedachten am 7. November des Antifaschisten und Helden der Sowjetunion Richard Sorge und würdigten seinen persönlichen Einsatz im Kampf gegen die Faschisten im Großen Vaterländischen Krieg.

Teilnehmer äußerten ihren Stolz auf ihn, weil er ein der gerechten Sache ergebener deutscher Kommunist - bis zum letzten seine Aufgabe erfüllte. In Vorbereitung auf das Gedenken wurde am Vortag ein Arbeitseinsatz zur Pflege der Dr. Richard Sorge-Gedenkstätte in Chemnitz auf dem Kaßberg durchgeführt. Neue Blumen und Pflanzen schmückten das Terrain und laden zum Verweilen und Erinnern ein.

Festen Tritt, so wird in einem Bericht über die letzten Minuten Dr. Richard Sorges hervorgehoben, schritt er der betonierten Hinrichtungskammer entgegen.

Als er unter dem Galgen stand, rief er: " Es lebe die Kommunistische Partei! Es lebe die Rote Armee! Es lebe die Sowjetunion!"

Dann öffnete sich die Falltür unter seinen Füßen. Ein Mensch starb, ein Soldat fiel, ein Kommunist gab sein Leben.

**Raimon Brete, Chemnitz**

\*

Guten Tag an die Redaktion, wieder geht ein Jahr zu Ende und mit Freude lese ich gerne die mir zugesandte **Isor**

**aktuell.** Dank allen Beteiligten, der Redaktion aller Mitarbeiter und Sponsoren trotz der sicherlich einschneidenden Druckkapazität findet die ISOR immer wieder interessante und vor allem ehrliche Themen und Berichte.

Alles Gute für 2023, mit zu hoffender Sicherheit auf Frieden und Verständnis untereinander, auch im Namen aller verstorbenen Mitglieder und Freunde.

**Mit freundlichen Grüßen Siegfried Tietz, ehemaliger Mitarbeiter der DDR Zollverwaltung Altenberg/Sachsen auch mit Erinnerungen an meine Mitstreiter.**

\*

### Leserbrief zur Pressemitteilung der VOLKSSOLIDARITÄT zum Tag der

*Deutschen Einheit vom 3. Oktober 2022  
ISOR aktuell-Nr. 10/2022 -Seite 5*

Liebe Genossen der ISOR aktuell-Redaktion! Die Veröffentlichung der Pressemitteilung der Volkssolidarität zum Tag der Deutschen Einheit in Isor aktuell Oktober 2022, Seite 5, insbesondere die Meinungsäußerungen der amtierenden Präsidentin, Frau Susanna Karawanski, veranlasst mich, meine Meinung zu nicht veröffentlichten VS-Grundsätzen und zu geschichtsfälschenden Aussagen der Präsidentin zu äußern, mit der Bitte, nach redaktioneller Bearbeitung in einer der nächsten Ausgabe von ISOR-aktuell unseren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen!

Dazu fühle ich mich aus politischer Verantwortung veranlasst, weil ich als sogenannter Kindersoldat, also als Jugendlicher in der „Festung Breslau“ eingesetzt und als Verletzter im Lazarett durch deutsche und nach der bedingungslosen Kapitulation der Festungsbesatzung vor dem Kommando der 6. Armee der Ersten Ukrainischen Front der Roten Armee sowohl die nationale und bis zu meiner Entlassung im Dezember 1945 die internationale Solidarität von Angehörigen des Medizinischen Dienstes und des Frontbeauftragten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ erfahren durfte.

Diese und die von den ersten Mitgliedern der Volkssolidarität mir gegenüber durch Taten zum Ausdruck gebrachte Solidarität in Hoyerswerda und beim ersten Aufenthalt auf dem deutschen Nachkriegsboden im ostergebirgischen Altenberg waren die Grundlage für meinen Eintritt in die „Thüringen-Aktion gegen Not“ in Pöbneck, die in die am 17. Oktober 1945 in Dresden gegründete „Volkssolidarität Tat“ integriert wurde- als VS-Mitglied seit Dezember 1945!

Bitte entschuldigt meinen langen Vorspann, der zum Ausdruck bringen soll, dass ich ein noch lebendes Mitglied der ersten Tage bin, das an Mitgliedsjahren älteste VS-Mitglied im Land Brandenburg.

Meine Stellungnahme zur genannten VS Pressemitteilung versuche ich wie folgt den ISOR-Mitgliedern, unseren Genossinnen und

Genossen wie folgt verständlich zu machen: „In dieser Pressemitteilung stellt die Präsidentin, Frau Susanna Karawanski, die gleichwertige Herstellung der Lebensverhältnisse und die Chancengleichheit und-gerechtigkeit der Bürgerinnen und Bürger an die Spitze ihres Statements und betont die großen Sorgen der Ostdeutschen, die durch Krieg, Klima, Inflation und Energieversorgungsprobleme verursacht werden, in den Mittelpunkt der Information.

Das sind die gegenwärtigen Krisenerscheinungen, die als Ursache die imperialistischen Machtansprüche der einzigen Weltmächte im 21. Jahrhundert zum Inhalt haben, die zwei Weltkriege und nach 1945 weltweit Angriffs-, Ausbeutungs- und Vernichtungskriege führen und ihre Niederlagen mit Stellvertreterkriegen vertuschen wollen.

Der 32. Jahrestag wäre für die Präsidentin aus meiner Sicht der beste Anlass gewesen diesen Tag mit dem 77. Jahrestag der VS-Gründung am 17. Oktober 1945 in Verbindung zu bringen und zu verkünden, dass die Volkssolidarität heute und in Zukunft ihre gesamte politisch-solidarische Arbeit nach dem Willen ihrer Gründer des Jahres 1945, auf der Grundlage der Maxime ausrichtet:

„Nie wieder Krieg und Faschismus! Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Erde, die unter Ausbeutung und Krieg größte Opfer gebracht haben, insbesondere mit den Völkern der früheren Sowjet-Union und den vom deutschen-imperialistisch-faschistischen Nazi-Regime überfallenen und unterdrückten Völkern Europas gelitten haben.

Die VS-Präsidenten, die nach 1990 den eine Million starken Sozialverband geführt haben, haben den Antifaschismus zu ihrem Leitmotiv gewählt und in den Publikationen des Verbandes stets betont. Diesem Grundanliegen der Volkssolidarität hätte Frau Karawanski als seit November 2020 fungierende VS-Präsidentin in der Pressemitteilung bekunden müssen. Sie vermied die Nennung der Ursachen für die gegenwärtig politisch-brisante Weltlage, die die Gefahr eines Dritten Weltkrieges in sich birgt, wenn den Kriegsbrandstiftern nicht in den Arm gegriffen wird. Das nichtgeschriebene Bekenntnis und die Feststellung der VS-Präsidentin, „Mauerfall und Deutsche Einheit haben das durch von Unfreiheit gekennzeichnete Regime der DDR beendet. Und sie haben zugleich in fast allen ostdeutschen Familien durch Erfahrungen von Job-, Werte- und Heimatverlust tiefe Brüche erzeugt, deren Folgen bis heute spürbar sind“, zeugen von Geschichtsfälschung, Verleumdung der DDR-Geschichte bis hin zur Verdrehung von Ursachen und Wirkungen des Anschlusses der DDR an die BRD im Jahre 1990.

Die speziellen Vorgänge in der DDR, die ich nicht als Wende, sondern als Konterrevolution bezeichne, weil die vermeintlich besiegte Ver-

gangenheit zurückgeholt wurde, hatte als eine Ursache die Verknüpfung außenpolitischer und innenpolitischer Faktoren. Die von der Reagan-Administration forcierte Hochrüstung erreichte das angestrebte Ziel, nämlich die Sowjet-Union tot zurüsten. Die dadurch bedingten Belastungen der UdSSR führten zu schweren sozialen Verwerfungen im Lande, das sich noch nicht einmal von den Folgen des Zweiten Weltkrieges erholt hatte, wodurch die Führungsmacht des sozialistischen Weltlagers ihrer innen- wie außenpolitischen Verantwortung kaum gerecht werden konnte. Mit Reformen versuchte die UdSSR-Führung unter Gorbatschow der Lage Herr zu werden, die zwar am Anfang gut gedacht waren. Bald kamen vermeintliche Reformer an die Macht, die einen Kurs gesteuert haben, der ins wirtschaftliche Desaster führte, zur Destabilisierung der Gesellschaft und am Ende stand die Preisgabe der sowjetischen Errungenschaften.

Die Veränderungen fanden auch Beifall in Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Auch die DDR stand in den 80-er Jahren vor der Notwendigkeit ihre Wirtschaftspolitik zu entwickeln.

Es gab erhebliche Mängel in der Versorgung, Defizite in der Gesellschaft, die zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung geführt haben.

Fest steht aber auch, dass es die Regierenden der BRD vermochten, die Unzufriedenheit zu manipulieren und die Bewegung für eine bessere DDR gegenzusteuern.

Die Aussage von Frau Karawanski über die „DDR-Unfreiheit“, Mauerfall und die vermeintliche Einheit, trägt in keiner Weise eine antifaschistische Handschrift, sie verfälscht die deutsche Nachkriegsgeschichte und beleidigt die VS-Gründer und nachfolgende VS Generationen, die im Geiste der Uneigennützigkeit, der gegenseitigen Hilfe, in vielen Bereichen der DDR-Gesellschaft ehrenamtlich zum Wohle der Mitbürgerinnen und Mitbürger gewirkt haben.

Den derzeitigen Zustand beklagt die VS-Pressemitteilung und die Präsidentin fordert zwar völlig zu Recht, dass die Lebensverhältnisse nach 32 Jahren Einheit im Osten dem Westen angepasst werden müssen, aber diese Appelle bleiben in den Parlamenten von den Angehörigen der überwiegend kapitalistisch orientierten Parteien ungehört, weil dafür angeblich kein Geld in den Bundes- wie Länderkassen vorhanden sei, aber für die Rettung von Pleitefirmen der Industrie, Banken und zur Finanzierung der Kriegswaffenproduktion sind ad hoc Milliarden sofort verfügbar.

Diesen Widersprüchen muss sich die amtierende VS-Präsidentin stellen und nicht nur allgemeine Lagebeschreibungen mit Forderungen formulieren, von denen sie weiß, dass ihre Pressemitteilungen lediglich Bittschriften an die Regierenden sind und auf taube Ohren stoßen.

Die Formulierung, dass „auch durch verlorenes Vertrauen in demokratische Strukturen

und die Werte der Freiheit“ Spuren in den ostdeutschen Familien hinterlassen habe, spricht für mich dafür, dass der Begriff „Freiheit“ heute, wie auch in der Zeit des Kalten Krieges, in der kapitalistischen Welt demagogisch für Willkür durch kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung steht.

Wenn Frau Karawanski als Präsidentin der Volkssolidarität aktuell wieder die Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Lebensverhältnisse sowie gleiche Renten und Löhne fordert, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sie als Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft der Landesregierung Thüringens unter dem als „LINKEN“ firmierenden Bodo Ramelow Mitverwalterin des imperialistischen Kapitals ist und für mich nicht nur doppelzüngig ist, sondern sich nach einer für mich als sicher geltenden Abwahl einen Prestigeposten an der Spitze der VS sichern möchte.

In den Geschäftsführungen der VS sollte zuerst darauf geachtet werden, wer sich nach 1990 in die hauptamtlichen VS-Spitzen integriert hat; es waren und sind nach meinen Erfahrungen sogenannte DDR-Oppositionelle und aus westlichen Gefilden nach Osten in die VS Umgesiedelte, die als Geschäftsführer antifaschistisch-demokratische Kräfte nach und nach verdrängt haben und unter dem traditionsreichen Namen „Volkssolidarität“ ein Firmenkonstrukt installiert haben, in dem Beschäftigte um ihre Tarifrechte gestreikt haben und, um ihre Arbeitsplätze zu sichern (in Sozialeinrichtungen) Mitglieder der VS werden mussten! Ich weiß wovon ich spreche, zumal meine Vorschläge, anstelle von GmbH oder anderen BRD-üblichen Geschäftsmodellen eine von Mitgliedern getragene Genossenschaft nach dem Vorbild der Jungen Welt zu bilden, wurden nicht nur von Vorständen, sondern auch von geschäftsführerhörigen Betriebsräten ignoriert.

Lieber Redaktion von **Isor aktuell**, mit nunmehr 77 Mitgliedsjahren in der VS seit Dezember 1945 sehe ich mit Verdruss, dass sich unter der prowestlichen VS-Führung der Gegenwart diese traditionsreiche Organisation Schritt für Schritt zu einem Konkurrenzunternehmen entwickelt, das unter dem Firmenlogo „VOLKSSOLIDARITÄT“ eine profitorientierte Firma unter einer sich Vorstand nennenden Holding und unter dem Deckmantel der ständig alternden Mitgliedschaft der Öffentlichkeit vortäuscht, dass die VS die Interessen der Ostdeutschen in der BRD vertritt.

Bitte entschuldigt, dass ich Euch mit meinem langen Beitrag, der keinesfalls in dieser Länge als Leserbrief taugt strapaziere, aber diese meine Einschätzung der gegenwärtigen Lage möchte ich Euch, meinem ISOR-Vorstand, nicht vorenthalten.

**Mit solidarischen Grüßen Euer Mitstreiter**  
Armin Lufer

### Die Wahrheit bleibt

Durch Corona vorübergehend ausgebremst, machten wir uns als Organisatoren schon vor Monaten an die Arbeit.

Es war auch in unserer TIG nach mehrfachen Informationen in **ISOR aktuell** die Meinung aufgekommen, zu sagen, was war, was wahr ist und bleibt.

Der Diskussionsbeitrag von Heinz Engelhardt, Generalmajor a.D. und unser „Der letzte Mann“ - zur Mitgliederversammlung der TIG im Juli dieses Jahres, der uns mit einfachen, eindringlichen und dadurch auch überzeugenden Worten daran erinnerte, zu uns zu stehen, aber dabei auch stets darauf zu verweisen „was ist wahr an dem War“, gab dem Ausschlag für die schnelle Organisation unseres Vorhabens.

Eine Buchlesung von Hans Becker, mit dem „Sonderermittler Hans Becker“.

Interesse hatten unsere Mitglieder bereits signalisiert. Und nun zeigte **ISOR Chemnitz**, es lebt und arbeitet.

Alle Plätze waren am 8. November belegt. Nicht nur TIG-Mitglieder und deren Ehefrauen waren unserer Einladung gefolgt, auch Mitstreiter der benachbarten **TIG Stollberg/Erzgebirge**, Freunde vom Rotfuchs Ver-



ein, wie auch Interessenten aus dem Wohngebiet. Über das Buch und die Inhalte der Buchlesung wurde schon mehrfach in ISOR aktuell berichtet, unsere größte Hochachtung vor der Leistung des Autors, bei Respekt seines Lebensalters - über zwei Stunden Vortrag und anschließendem Gedankenaustausch – Danke Hans Becker. Reges Interesse fand der in diesem Rahmen veranstaltete Buchverkauf.

Wir sagen bei dieser Gelegenheit aber einmal Dank an die ISOR Mitglieder Sabine und Siegfried Meyer aus Berlin, welche mit ihrer Hilfe und Unterstützung bei der Buchlesung maßgeblich zum Erfolg dieser beigetragen haben. (Neue Anfragen zu weiteren Lesungen liegen schon vor.)

**Vorstand ISOR TIG Chemnitz,**  
Foto D. Schulze

### Auch das noch

#### Von A bis Y: Das Dilemma mit dem „Z“

Die Russische Föderation benutzt den Buchstaben „Z“ zur Kennzeichnung ihrer Militärtechnik beim Einsatz in der Ukraine.

Das öffentliche Zeigen dieses Buchstabens kann nun in Deutschland zu Problemen führen. Es könnte als Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB gewertet werden. So wurde erst kürzlich ein Fahrzeughalter mit einem „Z“ am Fahrzeug zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Was ist aber nun mit Vehikeln, die von Amts wegen ein „Z“ im Kennzeichen führen? Zum Beispiel „Z“ für Landkreis Zwickau oder gar „ZZ“ für Burgenlandkreis? Sind die nun alle verdächtig? Oder gibt es etwa ein „gutes“ und ein „böses“ „Z“? Wer darf nun am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen?

**Wilfried Steinfath, Berlin**

\*

## Erklärung

### des Runden Tisch Rentengerechtigkeit vom 16.11.2022

**Die Einigung der Ampel-Koalition (Bundesregierung) am 11.11.22 im Haushaltsausschuss des Bundestags zum „Härtefallfonds“ ist ein Affront gegenüber den Betroffenen der 17 DDR-Berufs- und Personengruppen.**

- Deren gesetzliche Renten- und Versorgungsansprüche sind seit 1991 durch Fehler bei der Schaffung und Umsetzung des Renten
- Die Einrichtung eines Härtefallfonds ist ein erster positiver Schritt für die Betroffenen in der Nähe der Grundsicherung.
- Mit der Einrichtung des Härtefallfonds gesteht man Seitenüberleitungsgesetzes (RÜG) 1991 nicht oder nur teilweise gewährt worden.
- s des Bundes zwar grundsätzlich die Berechtigung der Ansprüche der Gruppen ein, weigert sich aber erneut, allen Betroffenen wenigstens eine angemessene Entschädigung zu gewähren.
- Mit der nun bekanntgewordenen Entscheidung zum „Härtefallfonds“ schafft der Bund lediglich wieder neues gravierendes Unrecht und trägt in keiner Weise zur sozialen Befriedung bei.

**Unsere Forderungen aus dem Jahr 2020 fanden keine Berücksichtigung, weil dazu jeglicher politische Wille fehlt!  
Wir lassen uns nicht mit Almosen abspesen!**

#### Wir fordern

- nicht mehr unser Recht ein, sondern Gerechtigkeit und eine Anerkennung unserer Lebensleistung!
- die Einhaltung des Grundgesetzes in Bezug auf Eigentumsschutz!
- für die 500.000 Betroffenen eine politische Lösung für „ALLE“, die die Lebensleistung angemessen anerkennt!
- einen Gerechtigkeitsfonds, der nicht mit Grundrente oder Grundsicherung verrechnet wird!
- die Einbeziehung aller 17 betroffenen Berufs- und Personengruppen in diesen Fonds!

Unsere Forderungen sind seit 2020 klar definiert, eine durchschnittliche Abfindungszahlung zwischen 10.000 und 20.000 Euro/Betroffenen. Diese Summe beträgt damit nur etwa ein Zehntel dessen, was der Bund allein durch Nichtgewährung der gesetzlichen Ansprüche der Berufs- und Personengruppen an den Angehörigen dieser Gruppen in den vergangenen 30 Jahren „gespart“ hat. Darüber hinaus hat bekanntlich der Bund aufgrund der seit der „Wiedervereinigung“ noch immer niedrigeren Rentenpunktwerte Ost im Vergleich zu West bisher weit über 100 Mrd. Euro an den Ostrentnern gespart.

Mit der Schaffung des Gerechtigkeitsfonds besteht die letzte Chance, etwas zur „Sozialen Einheit“ beizutragen und die endgültige biologische Lösung zu verhindern! Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Generation, die ganz entscheidend zur Wiedervereinigung beigetragen hat, darf nicht zu den Verlierern der Einheit gehören!

**[www.rundertischrentengerechtigkeit.de](http://www.rundertischrentengerechtigkeit.de) [info.rundertisch@gmail.com](mailto:info.rundertisch@gmail.com) 01749236648**

Sprecher: Dietmar Polster, Dr. Klaus-Dieter Weißenborn

### Zwischenruf

Der Königin Marie Antoinette (1755-93), berüchtigt wegen ihrer Verschwendungssucht (ein Charakterzug der damaligen herrschenden Klasse; heute so gut wie nicht mehr aufzufinden), wird ihre Reaktion auf die Nachricht, im Volke herrsche Brotmangel, zugeschrieben: „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen.“ Und damit hatte Mariechen recht. Nur das tumbe Volk begriff ihren Rat nicht.

Selbst Jahrhunderte später drängelt sich der Plebs in den immer weniger und enger werdenden „Tafeln“, obwohl das Angebot in den naheliegenden Superkaufhallenmärkten viel größer ist. Merkt das niemand?

Aber nein, da wird über steigende Heizungskosten gejammert, obwohl aus friedlichen Menschenrechtsstaaten das uns allen teure Fracking-Gas herangeschifft wird.

Da wird in der Presse gebarmt, dass im Laufe des Winters Stromabschaltungen möglich werden könnten.

„Niemand wird es schlechter gehen“ war schon vor mehr als 30 Jahren verkündet worden. Es war Kohl.

Und die heutige Verheißung ist auch nicht mehr weit. All das, was jetzt geschieht und sauertöpfisch bekrittelt wird, dient doch dem großen Endzweck, dem wir uns dadurch – wenn auch unmerklich – bis auf einige wenige (Feld)Züge sehr ganz nahe wähen dürfen. Im tiefsten Innern glauben wir wie immer an das hohe Ziel, das die Frau äußere Ministerin verkündigte, z. B. am 2. November in der *Westfälischen Rundschau*, dass Russland fast schon am Boden ist, und zwar mit einer ruinierten Wirtschaft. Alles liegt schon in der Reichweite blühender Fantasielandschaften. Welch ein Trubel, Welch ein Segen wird in unsrem Hause sein. Süßer die Glocken nie klingen bei der Freude in den patriotischen Wärmestuben! Nur noch einen kleinen Ruck und es ist ruiniert.

Koste es, was es wolle.

w.k.

### Lesenswert

#### Horst Böttger: Zwischen Fahneid und Hippokrates. Als forensischer Psychiater im Haftkrankenhaus des MfS (Autobiografie)

ISBN 978-3-95841-119-7, edition berolina, Berlin 2022, 240 Seiten, Preis: 19,99 Euro

Mit großem Getöse war nach 1990 der angebliche Missbrauch der Psychiatrie seitens des MfS in die Welt posaunt worden. Gleich mehrere Untersuchungskommissionen in den Ländern und die Enquete-Kommission des Bundestages mussten nach intensiven Recherchen aber ein-

räumen, dass das MfS politische Häftlinge nicht in psychiatrische Anstalten eingewiesen und sich bei der Überprüfung der Schuldfähigkeit auf die Kompetenz von Psychiatern verlassen hat, ohne diesen Vorgaben zu machen oder sie zu beeinflussen. Übrig blieb ein einziger Fall, der des Psychiaters im Haftkrankenhaus des MfS, Horst Böttger, dem zunächst Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht vorgeworfen wurde. Wie aber sollte er im Auftrag des MfS für DDR-Gerichte psychiatrische Gutachten abfassen und dabei über den Gesundheitszustand der zu beurteilenden Personen Verschwiegenheit wahren? In einem Ermittlungsverfahren von 1995–2001(!) wurden deshalb dann nur die Anschuldigungen von 13 ehemals Inhaftierten geprüft, die wegen der Behandlung im

Haftkrankenhaus vorgeblich geschädigt worden waren. Elf dieser Klagen wurden vom Gericht als irrelevant bewertet, in den bleibenden zwei Fällen erfolgte ein Freispruch aus Mangel an Beweisen, wohl vor allem als letztes Zugeständnis an die „Opfer“.

Horst Böttger, der in der DDR zuletzt den Bereich forensische Psychiatrie in der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität leitete, zieht in seiner Autobiografie die Bilanz seines Lebens, die in seinem heutigen Verhältnis zur DDR und zum MfS widersprüchlich ausfällt. Auch wer nicht allen seinen Überlegungen zustimmt, erhält interessante Einblicke in den Werdegang und die Arbeitswelt eines Menschen mit nicht alltäglichen Aufgaben.

W.S.

### Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 23.11.2022

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 21.12.22

**Einstellung im Internet:** 30.12.22

**Auslieferung:** 04.01.23

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

**Layout:** R. Serinek

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Di/Mi 9–16 Uhr Tel.: (030) 29784316,

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

**Schatzmeister:** Hans-Peter Speck

Di/Mi 8–15 Uhr Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030)-29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr Tel. (030) 29784316

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

**Sprechstunden der AG Recht:**

Nach tel. Terminvereinbarung

(030 29784 316)